

Abstimmung vom 29.11.2009

Exportverbot für Kriegs- material bleibt chancenlos

**Abgelehnt: Volksinitiative «Für ein Verbot von
Kriegsmaterial-Exporten»**

Silas Schweizer

Empfohlene Zitierweise: Schweizer, Silas (2019): Exportverbot für Kriegsmaterial bleibt chancenlos. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Im Jahr 2005 exportiert die Schweiz Waffen und andere militärische Güter im Wert von 258 Millionen Franken, was dem zweithöchsten Pro-Kopf-Wert seit Erhebung der Ausfuhrstatistik entspricht. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und andere Friedensorganisationen orten dringend Handlungsbedarf. Als zudem bekannt wird, dass Schweizer Waffen in Kriegen im Nahen Osten eingesetzt werden, löst dies besonders heftige Kritik aus. Ein Komitee aus GSoA-Aktivist*innen, linken Bundespolitikern und Vertretern diverser NGOs aus dem linken Spektrum beschliesst, mittels Volksinitiative ein Ausfuhrverbot für solche Güter zu verlangen. Die Federführung übernimmt die GSoA, die damit nach einigen eher ruhigen Jahren wieder als Akteurin auf der nationalen Politbühne in Erscheinung tritt.

Am 7. Juni 2006 lanciert das Komitee ein entsprechendes Volksbegehren, welches schliesslich Anfang Oktober 2007 mit 109 224 gültigen Unterschriften eingereicht wird.

Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament, die Initiative abzulehnen. Er hält fest, dass die geltende Regelung bereits restriktiv genug sei und einen Kompromiss aus Wirtschaftlichkeit, nationaler Sicherheit und Friedensförderung ermögliche. Die Schweizer Rüstungsindustrie sei zudem wichtig für eine funktionierende Landesverteidigung.

Allerdings gibt die Exekutive während einer Pressekonferenz eine „Präzisierung“ der Verordnung über Kriegsmaterialexporte bekannt. Exporte in kriegführende Staaten und in Länder die die Menschenrechte „wiederholt und schwerwiegend verletzen“, sollen verboten werden. Diese Änderung löst eine kontroverse Diskussion aus. Der Industrieverband Swissmem läuft Sturm, weil er die Interessen der Schweizer Rüstungsindustrie bedroht sieht. Die GSoA hingegen prangert die angekündigte Änderung als Versuch an, dem Volksbegehren den Wind aus dem Segeln zu nehmen.

Die bürgerlichen Parlamentsmitglieder sind nicht begeistert von der Initiative. Im Nationalrat entsteht entsprechend ein tiefer Links-Rechts-Graben. Sozialdemokraten und Grüne unterstützen das Begehren, während die restlichen Fraktionen geschlossen dagegen stimmen. Die Befürworterinnen und Befürworter argumentieren mit humanistischen und ethischen Motiven. Die Schweiz mit ihrer humanitären Tradition dürfe nicht zur weltweiten Aufrüstung beitragen. Die Bürgerlichen halten dem die Bedeutung der Rüstungsindustrie für die Schweizer Wirtschaft entgegen. Markus Hutter (FDP, ZH) wirft der GSoA vor, die Armee in Raten abschaffen zu wollen. Mit 131 zu 63 Stimmen spricht sich der Nationalrat schliesslich gegen die Initiative aus.

Im Ständerat ist das Resultat noch deutlicher. Der Grüne Luc Recordon ist der einzige Redner, der sich für die Vorlage einsetzt. In der Schlussabstimmung lehnt die kleine Kammer die Volksinitiative mit 35 zu 7 Stimmen ab.

GEGENSTAND

Die Initiative verlangt einen Verfassungsartikel, mit dem die Ausfuhr von Kriegsmaterial, besonderen militärischen Gütern sowie immateriellen Gütern, die der Herstellung von Kriegsmaterial dienen (Baupläne oder Technologien) verboten wird. Sport- und Jagdwaffen sowie Geräte zur humanitären Entminung wären vom Verbot ausgenommen. Als Übergangsbestimmung wird festgelegt, dass der Bund während 10 Jahren die betroffenen Arbeitnehmer und Regionen unterstützt.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Für die Initiative sprechen sich die linken Parteien SP, GPS und PdA sowie die CSP aus. Diverse Hilfswerke, Kirchen, Umweltverbände und Gewerkschaften fassen ebenfalls die Ja-Parole. 70 Rechtsprofessoren verfassen einen offenen Brief, in dem sie das Staatssekretariat für Wirtschaft für seinen Umgang mit Waffenexporten kritisieren. Sie monieren, dass die Bewilligung von Waffenexporten nach Deutschland und in die USA gegen die „präzisierte“ Verordnung vom August 2008 verstosse.

Die GLP und die EVP beschliessen Stimmfreigabe.

Die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände kämpfen gegen die Initiative. Sie betonen auf Plakaten und in Medienmitteilungen die negativen Auswirkungen der Vorlage auf die Wirtschaft und auf die Landesverteidigung. Die PR-Agentur Farner, die für die Wirtschaftsverbände die Nein-Kampagne führt, generiert negative Schlagzeilen, als bekannt wird, dass eine als Freelancerin angestellte Studentin im Auftrag des Unternehmens ein GSoA-Treffen unterwandert und ausspioniert hat.

ERGEBNIS

Das Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial hat beim Volk keine Chance. Bei einer Stimmbeteiligung von 53,4% sprechen sich 68,2% der Stimmenden gegen das Anliegen der GSoA aus.

Laut der Vox-Analyse (Hirter/Vatter 2010) war die Links-Rechts Orientierung der Stimmenden der massgebliche Faktor, der das Stimmverhalten beeinflusste. Bei den äusseren Linken genoss die Vorlage starken Rückhalt, die gemässigten Linken waren eher dafür. Stimmende, die sich zur Mitte oder zur Rechten zählen, lehnten die Vorlage hingegen deutlich ab. Die Anhängerinnen und Anhänger der SP befolgten entsprechend knapp zur Hälfte die Parteiparole. Die bürgerlichen Bundesratsparteien konnten ihre Anhänger hingegen eher von ihrer Meinung überzeugen: Die Anteile ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten, die der Nein-Parole folgten, betragen zwischen 82% und 88%.

QUELLEN

Burgos, Elie, Hans Hirter und Sébastien Schnyder (2017). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Initiative populaire «pour l'interdiction d'exporter du matériel de guerre», 2006-2009*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 9.8.2017.

Hirter, Hans, und Adrian Vatter (2010). *VOX 101. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 29. November 2009*. Bern: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Bündnis gegen Kriegsmaterialexporte. *Kampagnenwebsite*. Online: www.kriegsmaterial.ch, abgerufen am 9.8.2017.

Economiesuisse (2009). *Exportverbot vernichtet Tausende Arbeitsplätze*. dossierpolitik, Nr. 24 vom 28.9.2009. Zürich: economiesuisse.

Staatssekretariat für Wirtschaft Seco. *Statistik zur Ausfuhr von Kriegsmaterial für das Jahr 2005*. Online: www.seco.admin.ch, abgerufen am 9.8.2017.

Presse: Neue Zürcher Zeitung vom 11.10.2009. Die Wochenzeitung vom 20.8.2009 und vom 15.10.2009.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 08.060).

Bundesblatt: BBl 2008 7521.